

## Krieg nach dem Krieg.

Vom Geheimen Rat Dr. Ladislaus v. Lukacs,  
ungarischer Ministerpräsident a. D.

Die Idee des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten ist nicht neu. Sie hat schon lange vor Ausbruch des Krieges die Geister beschäftigt. Es ist aber natürlich, daß diese Idee im Verlaufe des Krieges mit erneuerter Kraft sich wieder an die Oberfläche gerungen hat, zum Teil als Ausfluß unserer Waffenbrüderschaft mit Deutschland, zum Teil aber auch als Verteidigungsmittel gegen den von seiten der Ententemächte schon jetzt empfundenen, für die Zukunft in noch weit erhöhtem Maße in Aussicht stehenden wirtschaftlichen Kampf.

Aber auch abgesehen hiervon, muß die Idee eines tunlichst raschen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Mächte auf die Geister eine ungemein große Anziehungskraft ausüben, denn es handelt sich um die vollkommene wirtschaftliche Vereinigung von 120 Millionen Menschen, einer Rasse, die sich nach dem Kriege zweifellos noch bedeutend erhöhen wird. Es handelt sich um die Schaffung eines freien Verkehrs auf ungeheuren Gebieten, die über die mannigfaltigsten Vorbedingungen der wirtschaftlichen Produktion, über mächtige Wasserstraßen und auch heute schon über Eisenbahnlinien in der Ausdehnung von mehr als 100.000 Kilometer verfügen.

Welche Richtung die internationale Handelspolitik der feindlichen Staaten nach dem Kriege nehmen wird, das kann heute niemand voraussagen. Welche Eventualität immer aber auch eintreten möge, gewiß ist eines, daß die handelspolitische Aktion der Ententemächte uns und Deutschland gegenüber eine Zeitlang, das ist, bis nicht eine nüchterne wirtschaftliche Auffassung und volle Erkenntnis der eigenen Interessen eintritt, von dem führenden Politiker ausgehenden Gefühl des Hasses geleitet werden wird. Und eben das macht nun zur Pflicht, unter reiflicher Erwägung jeder auftauchenden Idee Mittel und Wege zu suchen, zur vollen Wahrung unserer Interessen.

In der Theorie wäre zweifellos die idealste Vereinigungsform die Zollunion der drei Gebiete ohne Störung durch Zwischenzölle, wobei die beiden Staaten unserer Monarchie mit Deutschland ein von einer Zollgrenze umgebenes und nach außen hin einheitlichen Willen habendes Ganzes bilden würden. Wenn wir jedoch nur einigermaßen in die Details der Frage eingehen, finden wir, daß in allen drei Staaten die Interessen der einzelnen Produktionsgruppen im Falle der Zollunion in einen unausbleiblichen Konflikt geraten müssen. Sicherlich wird die Zeit kommen, in der diese Gesichtspunkte eingehender gewürdigt werden können, als dies heute der Fall ist. Bei der heutigen Struktur der Staatsgewalten und der heutigen Gliederung der Gesellschaft jedoch muß der richtunggebende Gesichtspunkt der Zollpolitik der Zukunft sowohl in Deutschland als auch bei uns der Schutz der Interessen der Produktion bleiben. Und nachdem dieses Ziel ohne Aufstellung von Schutzzöllen nicht erreicht werden kann, können wir vorerst auf eine Verwirklichung der mitteleuropäischen Zollunion nicht rechnen.

Die Erkenntnis, daß die Errichtung einer Zollunion auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, hat nun die Idee aufgeworfen, daß das wirtschaftliche Bündnis der drei Staaten am zweckmäßigsten durch das System der Begünstigungszölle verwirklicht werden könnte. Das Wesen dieses Systems würde darin bestehen, daß unsere Monarchie und Deutschland gegenseitig einander niedrigere Zollsätze zugestehen würden als anderen Staaten. Die konsequente Durchführung des Systems der Begünstigungszölle ist daher gleichbedeutend mit der Auperkräftigung der in der europäischen Zollpolitik bisher in Geltung gestandenen Meistbegünstigungsbestimmung, weil im Falle eines solchen Vertrages sowohl unsere Monarchie als auch Deutschland gezwungen wären, in Anbetracht der einander wechselseitig gewährten Begünstigungen die Meistbegünstigung anderen Staaten zu verweigern.

Seit dem zwischen Frankreich und England im Jahre 1860 geschlossenen sogenannten Cobden-Vertrag hat das System der Meistbegünstigung in den europäischen Zollverträgen immer mehr Anwendung gefunden. Bis unmittelbar von dem Kriege hatten England neun, Frankreich zehn, Rußland sechs, Italien sechs solche Verträge geschlossen, darunter auch mit uns und mit Deutschland. Ist es denkbar, daß jene Staaten, die in den Krieg eingetreten sind, um mehr zu erreichen, jetzt sich mit weniger begnügen sollten, als was sie schon vor dem Kriege hatten? Und an dieser Situation ändert es auch nichts, wenn wir — wie zu hoffen — beim Friedensschluß in der Lage sein werden, unseren Feinden unseren Willen aufzuzwingen. Wenn die zu treffenden Vereinbarungen nicht beide Parteien zufriedenstellen werden, dann wird es während der ganzen Dauer des Vertrages das Hauptbestreben unserer Feinde sein, diese Vereinbarungen auszuwickeln, was selbstverständlich zu verschiedenen Reibungen und im Endergebnis zum Zollkrieg führen muß.

Wenn aber die mitteleuropäischen Staaten auch geneigt wären, sich im Interesse des politischen Zieles durch Inaugurierung einer Zollpolitik mit exklusiver Tendenz den Härlichkeiten eines langen und weiter ausgedehnten Zollkrieges auszusetzen, so wäre vor allem noch die Frage zu entscheiden, ob unsere Monarchie und Deutschland in stande sein würden, einander gegenseitig durch Zollkonzessionen solche Vorteile zu bieten, die entsprechende Gegenleistung für die zu bringenden Opfer genannt werden könnten. Es würde sich fragen, ob diese beiden Staaten in stande wären, die gegenseitigen Einfuhren in solchem Maße zu steigern, daß die Märkte der Ententestaaten für sie entbehrlich würden.

Und da beweist die Statistik, daß die Produktion der beiden mitteleuropäischen Staaten schon heute eine so große ist, daß diese zur Placierung ihrer Produkte des Weltmarktes nicht entraten können, daß die wechselseitige Einfuhr bereits eine solche Höhe erreicht hat, daß sie auch durch Begünstigungszölle nur mehr in unwesentlichem Ausmaße gesteigert werden könnte, daß aber jede Ueberspannung nach dieser Richtung hin zu schwerer Schädigung der wirtschaftlichen oder industriellen Produktion führen müßte, die der Aufrechterhaltung eines guten politischen Verhältnisses nicht dienlich sein könnte, und schließlich, daß — während unsere Monarchie und Deutschland durch Anwendung von Begünstigungszöllen nicht in stande wären, einander gegenseitig wesentliche Vorteile zu bieten, andererseits die Tatsache, die sich als logischer Ausfluß dieses Systems ergibt, nämlich die Verweigerung der Meistbegünstigungszölle dritten Staaten gegenüber, diese interessierten Mächte auch nach dem Kriege uns zu ständigen Feinden machen würde. Das wäre Krieg nach dem Kriege.

Daß aber dies nicht notgedrungen so sein muß, darauf haben wir schon hingewiesen, und wir zweifeln nicht daran, daß — wenn einmal die politische Hypnose, mit der England seine Verbündeten: Rußland, Frankreich und Italien seinem Willen unterjochen konnte, vorüber sein wird, wenn einmal diese Staaten nach den gemachten bitteren Erfahrungen zur Erkenntnis ihrer wirklichen politischen und wirtschaftlichen Interessen erwachen werden, diese Staaten nicht so unvernünftig sein werden, die durch die Gesetze des wirtschaftlichen Lebens vorgezeichneten natürlichen Wege durch künstliche Hindernisse zu verlegen.